

Tagesordnung I Punkt 11 der öffentlichen Sitzung am 13. Dezember 2007

Antrags-Nr. 07-F-06-0045

**Einrichtung eines Schulmittelfonds  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 07.11.2007 -**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1) Die Stadt Wiesbaden richtet nach dem Vorbild anderer Städte, Gemeinden und Landkreise einen Schulmittelfonds ein, aus dem Schüler/innen aus Bedarfsgemeinschaften (ALG II, Grundsicherung, Niedriglohn) finanzielle Mittel für die Anschaffung von Lernmitteln zur Verfügung gestellt werden, die von der Lernmittelfreiheit in Hessen nicht abgedeckt sind (etwa: Taschenrechner, Zeichenblocks, Turnschuhe, Wachsmalkreiden, Musikinstrumente, Grammatikbücher usw. usf.)
- 2) Der Magistrat wirkt im Gespräch mit den Schulleitungen darauf hin, dass für zusätzliche Anschaffungen in den Schulen eine Obergrenze festgelegt wird, die pro Schüler/in und pro Schuljahr nicht überschritten werden darf. Diese Obergrenze soll bei 250 € pro Schüler/in und Jahr liegen.
- 3) Schüler/innen aus bedürftigen Familien erhalten die zusätzlichen Lernmittel bis zu dieser Grenze aus dem einzurichtenden Schulmittelfonds erstattet.

---

**Beschluss Nr. 0648**

Der Antrag der Linken Liste vom 07.11.2007 betr.

Einrichtung eines Schulmittelfonds

wird zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an die Ausschüsse für Soziales und Schule und Kultur überwiesen.

Den Vorsitzenden der Ausschüsse für

- Soziales und
  - Schule und Kultur
- mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2007

Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Thiels  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
-16 -

Wiesbaden, .12.2007

Dezernat VI und Dezernat VIII  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller  
Oberbürgermeister